



## Antrag

Fraktion AfD

### **Markt- statt Planwirtschaft - gescheiterte Energiewende beenden**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird nachdrücklich aufgefordert, die wirtschafts- und verbraucherfeindliche Energiewende in Sachsen-Anhalt zu stoppen, planwirtschaftliche Irrwege im Energiesektor zu beenden und zum marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzip zurückzukehren.

Im Rahmen einer Neuausrichtung der Energiepolitik soll sich die Landesregierung im Bundesrat für die ersatzlose Streichung der EEG-Förderung einsetzen. Anlagen mit Förderzusage sollen Bestandsschutz genießen. Des Weiteren soll die vorrangige Netzeinspeisung von Strom, der durch erneuerbare Energien erzeugt wurde, für Neuanlagen beendet werden.

Im Bereich der Windenergie soll der energiepolitische Kurswechsel durch folgende Maßnahmen flankiert werden: Baumaßnahmen sollen fortan auf Repowering-Projekte unter Berücksichtigung des 2:1-Prinzips beschränkt werden. Dabei darf sich die Windkraftleistungskapazität per Saldo nicht erhöhen. Kommunen sollen einen Baustopp für Windenergie verhängen können. Kommunale Entscheidungskompetenz soll also im Sinne des Subsidiaritätsprinzips gestärkt werden.

### **Begründung**

Der in einer unlängst publizierten Studie der Otto-Brenner-Stiftung konstatierte „AfD-Effekt“<sup>1</sup> manifestiert sich gegenwärtig in der Energiepolitik. Die neue schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen greift AfD-Positionen auf und bläst „zum Generalangriff auf die Energiewende“<sup>2</sup>. Damit leitet die nordrhein-westfälische Landesregierung das Ende des deutschen Sonderweges in der Energiepolitik ein.

---

<sup>1</sup> [https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/AH91\\_AfD\\_Goettingen\\_WEB.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AH91_AfD_Goettingen_WEB.pdf)

<sup>2</sup> <https://www.wiwo.de/my/politik/deutschland/koalitionen-schwarz-gelb-kippt-in-nrw-die-energiewende/20054600.html>

Die Kenia-Koalition wird aufgefordert, diesem guten Beispiel zu folgen und durch die Umsetzung der oben genannten Maßnahmen nun auch in Sachsen-Anhalt mit der Abwicklung der gescheiterten Energiewende zu beginnen.

Für einen Kursschwenk in der Energiepolitik existieren stichhaltige ökonomische Gründe:

Die Energiewende atmet den Geist der Planwirtschaft. Marktwirtschaftliche Prinzipien werden durch die Dauersubventionierung erneuerbarer Energien in unangemessener Höhe (auf Bundesebene gegenwärtig ca. 29 Milliarden Euro pro Jahr) ausgehebelt. Von den planwirtschaftlichen Ausbauanreizen profitieren findige Investoren auf Kosten von Unternehmen und steuerzahlenden Bürgern.

Die sogenannte Energiewende führt zu stetig steigenden Strompreisen. Unternehmen und private Haushalte werden dadurch belastet. Kontinuierlich steigende Stromkosten sind nicht nur wirtschaftsfeindlich, sondern auch unsozial, da sie Arbeitsplätze vernichten und einkommensschwache Bürger besonders belasten.

Beispiel Privathaushalte: Zwischen 2007 und 2016 stiegen im Norden Sachsen-Anhalts die Preise in diesem Segment des Strommarktes bei den Stadtwerken und Regionalversorgern um 25 bis 54 Prozent an. Im Jahre 2007 musste ein Haushalt in Blankenburg mit einem Jahresverbrauch von 3600 Kilowattstunden eine Stromrechnung in Höhe von 737 Euro begleichen. Im Jahre 2016 waren es bereits 1138 Euro (Differenzbetrag: 401 Euro). Im Jahre 2017 sind erneut hunderttausende Privathaushalte in Sachsen-Anhalt von steigenden Strompreisen betroffen. Dadurch sinkt die Kaufkraft zahlreicher Haushalte signifikant.

Zudem sprechen zahlreiche ökologische und gesellschaftliche Gründe insbesondere für einen Stopp des Windkraftausbaus, darunter Naturzerstörung, Tiersterben, Verspargelung der Landschaft (auch zum Schaden der Tourismusbranche), Lärmbelästigung, Schattenwurf und Krankheitsfälle. Teilweise zerbrechen ganze Dorfgemeinschaften am Windräderstreit.

Die Notwendigkeit einer Energiewende wird von den Altparteien vor allem mit einem angeblichen menschengemachten Klimawandel begründet. Diese Begründung basiert auf fragwürdigen Klimastudien und -prognosen. Fest steht, dass sich das Klima auf der Erde schon immer gewandelt hat. Dass gegenwärtig stattfindende klimatische Entwicklungen hauptsächlich auf menschliches Fehlverhalten zurückzuführen sind, ist indes keinesfalls ausgemacht. Bezüglich dieser Frage muss zunächst eine ideologiefreie und ergebnisoffene Debatte basierend auf wissenschaftlichen Fakten stattfinden.

Eine verantwortungsvolle Energiepolitik ist darauf ausgerichtet, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit zu gewährleisten. Dafür ist ein auf die Bedürfnisse des Energiestandortes Sachsen-Anhalt abgestimmter Energiemix vonnöten.

Für die Versorgungssicherheit am Energiestandort Sachsen-Anhalt spielt die Braunkohle als heimischer Bodenschatz eine signifikante Rolle. Darum tritt die AfD-Fraktion für eine verantwortungsbewusste Weiternutzung der Braunkohle mit modernsten Filtertechniken ein.

Gasimporte aus Russland tragen ebenfalls zur Versorgungssicherheit bei. Selbst in Zeiten des Kalten Krieges ist Russland seinen vertraglichen Verpflichtungen stets nachgekommen. Von den zuverlässigen, preisgünstigen und vergleichsweise umweltfreundlichen Gasimporten hat Sachsen-Anhalt in den vergangenen Jahren stets profitiert. Jährlich importiert das Land russisches Gas im Wert von mehr als 5 Milliarden Euro.

Die kürzlich verhängten US-Sanktionen, die darauf abzielen, Russland aus dem europäischen Gasmarkt zu drängen, verurteilt die AfD-Fraktion scharf. Die Sanktionen haben primär zum Ziel, den europäischen Gasmarkt für amerikanisches Fracking-Gas zu öffnen. Das teure und im Produktionsprozess besonders umweltschädliche verflüssigte Fracking-Gas aus den USA ist keine sinnvolle Alternative zu russischem Erdgas.

Robert Farle  
Parlamentarischer Geschäftsführer